

(27.01.2017 –09.02.2017)

# Grüner Pressespiegel

*Nicole Maisch, MdB*

## **09.02.2017 - Familienfrühstück mit dem grünen Kreisverband Kassel-Land und Nicole Maisch MdB**

„Zeit für Beruf und Familie“

Eine Stunde für die Familie, oder doch besser eine Stunde für die Arbeit, eine Stunde für das Hobby, oder lieber eine Stunde mehr Schlaf. Das Leben macht Tempo. Die Beschleunigung und Verdichtung halten uns beruflich wie privat auf Trab. Im Puzzle unseres Lebens muss einiges zusammenpassen, um diese Konstellation auf Jahre zusammen zu halten.

Es gibt viele Möglichkeiten, wie wir unser Leben gestalten, aber kriegen wir #allesuntereinenHut?

Wir wollen Sie einladen, mit uns über grüne Vorschläge zur Zeitpolitik von der Kinderbetreuung bis zur Pflege älterer Familienmitglieder

bei einem gemeinsamen Frühstück

am Samstag, den 25. Februar 2017

von 11:00 – 13:00

im Café Bahnhof Fürstenwald, Bahnhofstraße 34, 34379 Calden

zu sprechen. Mit der RT4 erreichen Sie das Café, welches in direkter Nähe zum Bahnhof Fürstenwald liegt.

Eine Kinderbetreuung wird angeboten. Da nur eine begrenzte Anzahl an Teilnehmerplätzen zur Verfügung steht, wird um eine zeitige Anmeldung unter [Nicole.Maisch@wk.bundestag.de](mailto:Nicole.Maisch@wk.bundestag.de) gebeten.

Wir freuen uns auf interessante Gespräch und einen regen Austausch

*Rathausfraktion*

## **06.02.2017 - Uneingeschränkt für Transparenz und Bürger\*innenbeteiligung**

„Wir Grüne in Kassel stehen uneingeschränkt für Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an Entwicklungen und Entscheidungen städtischer Vorhaben sowie für die Schaffung umfassender Transparenz“, stellt Jürgen Blutte, Sprecher für Bürger\*innenbeteiligung der grünen Rathausfraktion, fest. Deshalb habe auch die grüne Rathausfraktion die Initiative „Mehr Demokratie wagen“ des Vereins Kassel-West positiv begleitet, die demnächst ihr Anliegen im städtischen Ausschuss vorstellen kann. Ferner spreche sich die Fraktion für die Abfassung und Verabschiedung einer Informationsfreiheitsatzung für die Stadt Kassel aus. Positive Beispiele für die Umsetzung dieses Anliegens seien die umgesetzte breite Bürger\*innenbeteiligung bei Straßenumbauprojekten (FES, Goethestraße), ISEK

(Integriertes Entwicklungskonzept Kasseler Osten), Soziale Stadt Rothenditmolde sowie KVG Liniennetzreform.

„Irritiert bin ich durch Aktivitäten einiger SPD- und CDU-Vertreter, die offensichtlich unmittelbare Kontakte mit den Bürgerinnen und Bürgern auf ein Minimum beschränken wollen bzw. diesen ausweichen wollen“, so Blutte weiter. Tagesordnungspunkte in Ortsbeiratssitzungen, zu denen extra Bürgerinnen und Bürger erscheinen, einfach von der Tagesordnung abzusetzen, wie im OBR Südstadt zum Thema Schleichverkehre geschehen, sei absolut respektlos. Auch das Hick-Hack um einen Termin für die Bürgerversammlung KVG-Liniennetzreform schade der politischen Kultur in Kassel. „Politik gemeinsam mit und für die Bürgerin und den Bürger in Kassel ist stets unsere Devise gewesen, Kommunikation und Austausch vor Ort die Mittel dazu“, so Blutte abschließend.

*Rathausfraktion*

## **06.02.2017 - Mit der Herkulesbahn zum Weltkulturerbe – so geht Tourismusförderung**

„Wir freuen uns, dass Hessenmobil unsere Meinung bestätigt: spätestens mit der Anerkennung vom Bergpark als Weltkulturerbe macht die Herkulesbahn für den Tourismusverkehr Sinn“, kommentiert Eva Koch, verkehrspolitische Sprecherin und OB-Kandidatin, die aktuelle Berichterstattung. „Die Besucherzahlen im Park sind in den letzten Jahren gestiegen, wie auch die touristische Attraktivität Kassels insgesamt. Das in Arbeit befindliche Tourismuskonzept der Stadt Kassel wird die Herkulesbahn in ihrer Strategieplanung berücksichtigen müssen. Diese Chance sollten wir nutzen.“

„Selbstverständlich ist die Herkulesbahn nicht mal eben so zu bauen und es bedarf weiterer Planungsschritte. Aber mit guter grüner Beharrlichkeit werden wir an dem Thema dranbleiben und hoffen gemeinsam mit dem Förderverein auf eine baldige Umsetzung.“

*Rathausfraktion*

## **03.02.2017 - Unterstützen die Forderung nach einer Sozialwohnungsquote**

„Wir unterstützen die Forderung des Mieterbunds, eine Sozialwohnungsquote einzuführen“, kommentiert Joana Al Samarraie, wohnungspolitische Sprecherin der grünen Rathausfraktion, die aktuelle

Berichterstattung. „Allerdings wollen wir eine Sozialwohnungsquote, die genau auf die Kasseler Verhältnisse abgestimmt ist und legen uns deshalb noch nicht fest, wie genau die einzelnen Kriterien aussehen sollen. Aus diesem Grund haben wir den Antrag der Kasseler Linken in den Ausschuss überwiesen, um gemeinsam auch mit den anderen Fraktionen die für Kassel passende Lösung zu finden.“

„Wir Grüne halten nicht nur Wahlkampfreden zum Thema bezahlbarer Wohnraum, sondern wir stehen zu unserem Wort und werden uns für die Sozialwohnungsquote einsetzen“, betont auch Eva Koch, Oberbürgermeisterkandidatin der Kasseler Grünen. Allerdings dürfe die Hektik des OB-Wahlkampfes nicht dazu führen, dass voreilig Maßnahmen beschlossen werden, die hinterher gar nicht im erwünschten Maße den Menschen helfen.

„Bisher war eine Sozialwohnungsquote wenig sinnvoll, weil die Mietpreise neu gebauter Sozialwohnungen über der Kasseler Durchschnittsmiete liegen. Da die Mietpreise in Kassel aber kontinuierlich steigen, ist es richtig jetzt vorausschauend zu handeln“, so Joana Al Samarraie. Mit der Quote gehe es aber nicht nur um die bloße Anzahl bezahlbarer Wohnungen. „Eine soziale Mischung über alle Stadtteile hinweg und eine gute Durchmischung in den einzelnen Quartieren ist wichtig für eine gut funktionierende Stadtgesellschaft und eine Stadt, die Lebensqualität für all ihre Bewohner bietet, unabhängig vom Einkommen“, betont die Wohnungspolitiklerin.

*Karin Müller, MdL & Sigrid Erfurth, MdL*

### **02.02.2017 - Nordhessen geht voran – Fachzentrum für attraktive ÖPNV Angebote im ländlichen Raum kommt**

Das Rückgrat des öffentlichen Nahverkehrs im ländlichen Raum ist derzeit der Schülerverkehr – ein immer schwächer werdendes Rückgrat in Anbetracht sinkender Schülerzahlen und abweichender Bedürfnisse der übrigen ÖPNV-Nutzer. Prognosen zu den Einwohnerzahlen in den ländlichen Regionen besagen zudem, dass die Anzahl der Einwohner in den nächsten Jahren weiter sinken wird. Vor diesem Hintergrund ist die Initiative des Nordhessischen Verkehrsverbundes (NVV) und des Rhein-Main-Verkehrsverbundes (RMV) in einem gemeinsamen Fachzentrum zukunftsfähige Ansätze für den öffentlichen Nahverkehr im ländlichen Raum zu entwickeln, eine wegweisende innovative Idee.

Im Juni 2017 soll das Zentrum seinen Betrieb aufnehmen. Um sich vorab ein Bild zu machen, besuchten die nordhessischen Landtagsabgeordneten Karin Müller und Sigrid Erfurth, Bündnis 90/Die Grünen, das im Frankfurter House of Logistics and Mobility (HOLM) angesiedelte Zentrum. „Angesichts des demographischen Wandels stehen wir vor großen Herausforderungen, deswegen ist es richtig, die Kräfte

zu bündeln, Erfahrungen auszutauschen und neue Wege zu gehen“, so Müller und Erfurth. „Das House of Logistics and Mobility arbeitet als interdisziplinäres Forschungs- und Entwicklungs- sowie Bildungs- und Wissenstransferzentrum für eine nachhaltige Logistik und Mobilität. Der perfekte Standort für das neue Fachzentrum.“

Konkret wird sich das neue Zentrum mit der Erarbeitung von Leitlinien für die Einrichtung neuer ÖPNV-Angebotsformen beschäftigen. Neben den bewährten Elementen wie Anruf-Sammel-Taxis oder Rufbussen sollen dabei auch neue Ideen, wie alternativen Mobilitätsformen, ausprobiert werden. Ziel ist, neue Angebote mit dem klassischen Buslinien- und Schienenverkehr in Einklang zu bringen. Wie Erfahrungen zeigen, hängt der Erfolg in der Umsetzung aber nicht nur von einer guten Zielgruppenanalyse, einem guten Konzept sowie der Ausgestaltung eines neuen Angebotes ab. Entscheidend ist auch die Kommunikationsstrategie, deshalb begrüßen die nordhessischen Abgeordneten, dass es konkrete Angebote zur Beratung von lokalen Nahverkehrsorganisationen bei der Umsetzung vor Ort geben wird.

„Dieses Konzept der Zusammenarbeit von lokalen Nahverkehrsorganisationen für eine klimafreundliche und bedarfsgerechte Verkehrsführung im ländlichen Raum ist ein Projekt mit Vorzeigecharakter und sollte für ganz Hessen beispielhaft werden“, so Müller und Erfurth abschließend.

*Karin Müller, MdL und Kasseler Grüne*

### **30.01.2017 - Raus aus dem Kommunalen Schutzschirm - Kassel macht als erste Stadt den Anfang**

Die Kasseler Landtagsabgeordnete Karin Müller gratuliert der Stadt Kassel als erste Stadt Hessens den Schutzschirm des Landes verlassen zu können. „Die Voraussetzungen dafür hatte Kassel bereits vor Ablauf der Frist mehr als erfüllt, zum vierten Mal in Folge wurde das Haushaltsjahr mit einem Überschuss abgeschlossen.“ Auch die Vorsitzenden der Kasseler Grünen, Vanessa Gronemann und Boris Mijatovic finden, dass das ein Grund zum Gratulieren ist. „Kassel hat die Hilfe des Landes sehr gut angenommen. Der Dank und die Anerkennung gilt aber vor allem den Kommunalpolitikern und den Menschen vor Ort, die die oftmals nicht einfachen Entscheidungen mitgetragen haben.“

Die Sparmaßnahmen waren schmerzhaft und es benötigte große Anstrengungen, die Vertreterinnen und Vertreter in den kommunalen Gremien auf dem Weg zur Haushaltskonsolidierung zu vereinen. „Vor dieser Leistung habe ich großen Respekt. Kassel hat bereits von 2013 bis 2015 einen Überschuss von knapp 60 Millionen Euro erzielt. Neben den großen eigenen Anstrengungen haben dazu die Entschuldungshilfen

des Landes von 260 Millionen Euro wesentlich beigetragen“, so Müller.

Im Rahmen der Schutzschirmvereinbarung hat Kassel sich zu einem strikten Sparkurs verpflichtet. „Für uns GRÜNE muss Haushaltspolitik generationengerecht sein, das heißt, Kommunen ebenso wie das Land Hessen dürfen nicht auf Dauer mehr Geld ausgeben, als sie einnehmen.“ Der Kommunale Schutzschirm ist auch im Bundesvergleich ein einmaliges Programm, denn hierbei wurden viel mehr originäre Mittel als in die Programme anderer Bundesländer hineingegeben.

**Hintergrund:** Um besonders finanzschwachen Städten, Gemeinden und Landkreise aus den roten Zahlen zu helfen, hat das Land ihnen 2012 mit dem „Kommunalen Schutzschirm“ insgesamt 2,8 Milliarden Euro ihrer Schulden abgenommen und zusätzlich 400 Millionen Euro für Zinsverbilligungen bereitgestellt. Insgesamt bringt der Schutzschirm ihnen also eine Entlastung von 3,2 Milliarden Euro. Im Gegenzug mussten die beteiligten Kommunen eine Reihe von Haushaltsauflagen erfüllen.

*Grüne Jugend Kassel*

**27.01.2017 - „Aufarbeitung geht anders!“**

„Das mehr als fragwürdig angebrachte Schild unter der Karl-Branner-Brücke betrachten auch junge Erwachsene mit einem gewissen Beigeschmack.“ sagt Niklas Gudorf, Sprecher der Grünen Jugend Kassel. „Wer den Diskussionsprozess in der Kasseler Stadtverordnetenversammlung nicht verfolgt hat, kann dieses Schild – falls überhaupt bemerkt – weder lesen noch einordnen.“ Für Laien werde die kontroverse Vergangenheit Branners nicht im Geringsten deutlich.

Trotz der halbherzigen Ausführung des Magistrat-Beschlusses könne der Oberbürgermeister stolz und dankbar sein, helfende Hände wie die Grüne Jugend in Kassel zu haben. „Wir stehen mit Trittleitern, Ferngläsern und Infos zu Karl Branner zur Verfügung, um dem Erbe Branners in angemessener Weise gerecht zu werden. Das machen wir gerne für den Oberbürgermeister.“